

Politische Theorie für das urbane Zeitalter

Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung der Städte als demokratische Handlungsräume

Verena Frick*

Schlüsselwörter: Demokratie, Globalisierung, Partizipation, Raum, Stadt, Urbanität

Abstract: Das 21. Jahrhundert wird nach verbreiteten Prognosen das ‚Jahrhundert der Städte‘. Städte werden sich im Zuge der Globalisierung zu zentralen politischen Handlungsräumen entwickeln. Die demokratischen Hoffnungen, die angesichts dessen derzeit in Städte gesetzt werden, sind groß. Vor diesem Hintergrund argumentiert der Beitrag, dass sich die Politische Theorie der Stadt zuwenden sollte, da sie im urbanen Zeitalter neue Relevanz für die Stabilisierung demokratischer Ordnungen gewinnen kann. Für die Politische Theorie stellt sich damit die Aufgabe, städtische Demokratiepotenziale auszuloten und eine Theorie der demokratischen Stadt zu entwickeln.

Abstract: According to forecasts, the 21st century will become the urban age. As of 2050, approximately 70 percent of the world's population will live in cities. The rise of cities in the 21st century challenges modern democratic theory's focus on statist conceptions of democracy; subnational democracy is normally outside the focus of mainstream democratic theory. Therefore, contemporary democratic thinking risks not only to lose touch with changing political realities but, at the same time, fails to provide normative standards for a critical assessment of cities' democratic potential. Against this backdrop, the article argues for a political theory of the city and points out prospects for future research.

Von der politischen Theorie bislang weitgehend unbemerkt, vollzieht sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Renaissance eines im Zuge der neuzeitlichen Verstaatlichung der Politik weithin vergessenen politischen Handlungsraums. Nach übereinstimmenden Prognosen stehen wir derzeit am Beginn des ‚Jahrhunderts der Städte‘ (vgl. Clark / Moonen 2016). Hochrechnungen der OECD zufolge werden im Jahr 2050 siebzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben, noch 1950 war der Anteil der Städter an der Weltbevölkerung weniger als halb so groß (vgl. OECD 2016). Kennzeichen der Urbanisierung des 21. Jahrhunderts ist ihre globale politische Dimension. Mit Blick auf die internationale Ordnung wird bereits die Herausbildung einer sogenannten „*novel trinity: World – State – Locality*“ diagnostiziert, die die Staatendominanz relativiert und die staatliche Souveränität weiter auffächert (Blank 2006: 889; Aust 2013: 699). Verstärkung meint nicht

* Verena Frick, Georg-August-Universität Göttingen
Kontakt: verena.frick@uni-goettingen.de

mehr nur das lokale Städtewachstum, die infrastrukturelle Erschließung des ländlichen Raums und die soziale Urbanisierung der Lebensformen. Städte gewinnen im Zuge der Globalisierung in politischer und ökonomischer Hinsicht an Bedeutung und sind im Begriff einen transnational vernetzten Handlungsraum auszubilden.

Bislang konzentrierte sich die Thematisierung und politiktheoretische Durchdringung entsprechender Handlungsräume auf den Staat oder die internationale Ordnung. Auf beiden Ebenen ist demokratisches Handeln – verstanden als jene institutionellen, kollektiven und individuellen Praktiken, die auf die grundlegenden demokratischen Funktionen Inklusion, kollektive Willensbildung und kollektiv verbindliche Entscheidungsfindung gerichtet sind¹ – in eine Krise geraten: Die Entstehung eines demokratiearmen oder bisweilen sogar als autoritär bezeichneten Liberalismus auf staatlicher und noch mehr auf supra-staatlicher Ebene gilt weitgehend unbestritten als spätmoderne Pathologie demokratischer Ordnungen (vgl. Jörke 2019; Mounk 2018; Mouffe 2018; Zürn 2011). In den Fokus gerät damit die Dominanz von Bürokratien, Exekutiven sowie nichtmajoritärer Institutionen wie Gerichte oder Zentralbanken, die sich zur Rechtfertigung ihres Handelns vornehmlich auf scheinbar alternativlose Sachzwänge, Expertise, ökonomische Imperative oder den Schutz von Individualrechten berufen. Sie drohen, Partizipation, kollektive Entscheidungsfindung und öffentliche Auseinandersetzungen über Alternativen zu verdrängen und das demokratische Versprechen politischer Teilhabe zu untergraben.

Auf ihrer Suche nach verbliebenen oder zu schaffenden demokratischen Handlungsräumen hat sich die Politische Theorie in den vergangenen Jahrzehnten vor allem auf die Frage ‚staatlich versus suprastaatlich‘ konzentriert. Damit sind jedoch demokratische Räume jenseits dieser Zweiteilung aus ihrem Blick geraten. Dagegen möchte ich im Folgenden die These vertreten, dass sich die Politische Theorie der Stadt zuwenden sollte, sie kann im urbanen Zeitalter neue Relevanz für die Stabilisierung demokratischer Ordnungen gewinnen. Für die Politische Theorie stellt sich damit die Aufgabe, städtische Demokratiepotenziale auszuloten und eine Theorie der demokratischen Stadt zu entwickeln. Diese These soll knapp in drei Schritten erläutert werden: Zunächst wird die Frage nach dem geeigneten Raum der Demokratie vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Demokratiekrise skizziert. Sodann sollen in einem zweiten Schritt mögliche Chancen beleuchtet werden, die die Renaissance der Städte mit sich bringt. Abschließend werden Forschungsdesiderata und Leitfragen einer politischen Theorie der Stadt formuliert.

1. Demokratiekrise und der Verlust demokratischer Handlungsräume

Die Augen der Politischen Theorie wieder auf die Stadt zu richten bedeutet, eine alte Frage unter den Vorzeichen des 21. Jahrhunderts neu zu stellen: In welchem Raum können wir Demokratie am besten verwirklichen, in Stadtrepubliken wie der antiken Polis, in Metropolen, Regionen, Staaten oder gar im Weltmaßstab? Dass diese Frage letztlich in ein Dilemma der Größe führt, hat Robert Dahl anschaulich gezeigt (vgl. Dahl 1967). Je größer wir den politischen Raum skalieren, desto größer scheint zwar zunächst die Problemlösungskapazität des politischen Systems, zugleich aber nehmen die demokratischen

1 Mark Warren, auf den ich mich hier beziehe, unterscheidet „seven kinds of generic political practices: recognizing, resisting, deliberating, representing, voting, joining, exiting“ (Warren 2017: 47 ff.).